

Handlungsfähig für gemeinsame Werte

Positionspapier der FDP-Bundestagsfraktion zur Zukunft der NATO

Die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte. Sie hat sich stets als politisches Bündnis verstanden, dessen militärische Fähigkeiten nie Selbstzweck waren, sondern der Erreichung friedlicher politischer Ziele dienten und deren politische Dimension stets auch das Angebot friedlicher Konfliktlösungen und insbesondere Vertrauensbildung, Abrüstung und Rüstungskontrolle umfasste.

Sie hat sich dabei als ein starkes und stets verlässliches Bindeglied der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratien im nordatlantischen Raum verstanden und dadurch als Wertebündnis der europäischen und amerikanischen Partner bewährt.

Der Doppelcharakter der NATO, der einerseits ein ebenso attraktives wie glaubwürdiges Angebot zu Vertrauensbildung, Abrüstung und friedlicher Konfliktlösung unterbreitet wie andererseits die Fähigkeit und Entschlossenheit der Mitgliedstaaten zu solidarischer Verteidigung ihrer Freiheit gegen jede Aggression eindrucksvoll vor Augen führt, besteht seit dem HARMEL-Bericht aus den sechziger Jahren. Er gilt auch angesichts der neuen Bedrohungen unverändert weiter.

Für die Freien Demokraten steht dieses Bündnis auch nach seinem größten Erfolg, der friedlichen Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas, nicht zur Disposition. Im Gegenteil:

Wir Freien Demokraten wollen

- die NATO auf die neuen Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts wie den Zerfall der Staaten, Internationaler Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vorbereiten,
- die gemeinsame Wertebasis der NATO-Partner, d.h. die Bindung an die Errungenschaften der Aufklärung wie vor allem Achtung und Schutz der Würde jedes einzelnen Menschen, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft, bekräftigen,
- den Charakter der NATO auf Basis des NATO-Vertrages als politisches Bündnis wahren und ausbauen, das allen Staaten im nordatlantischen Raum ein Angebot zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, zu Abrüstung, Vertrauensbildung und friedlicher Konfliktlösung unterbreitet, und zugleich an der Artikel 5–Verpflichtung der Bündnispartner festhalten.
- den NATO-Rat als höchstes Konsultations- und Entscheidungsgremium zum zentralen Ort der sicherheitspolitischen Debatte im Bündnis machen,

- die militärischen Fähigkeiten des Bündnisses den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen anpassen und das Bündnis zu gemeinsamem militärischem Handeln befähigen und dabei maximale Synergien der Bündnispartner mobilisieren,
- die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erheblich verbessern.

Die Freien Demokraten stellen daher fest:

1. Grundlage allen sicherheitspolitischen Handelns der Bundesrepublik Deutschland ist das Völkerrecht. Unbeschadet des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß der Charta der Vereinten Nationen handelt Deutschland militärisch nur im Einklang mit dem Völkerrecht, einer Mandatierung durch die Vereinten Nationen und gemeinsam mit seinen Partnern in EU und NATO. Eine Selbstmandatierung durch NATO oder EU lehnt die FDP-Bundestagsfraktion ab.
2. Für die FDP-Bundestagsfraktion ist die NATO, ergänzt um eine dynamische Europäische Sicherheit- und Verteidigungspolitik, nach wie vor unerlässliches Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Weder ein rein europäisches Bündnis noch eine Renationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellen eine realistische oder auch nur wünschenswerte Alternative zur Einbettung Deutschlands in das transatlantische Bündnis dar.
3. Da die NATO für Deutschland unverzichtbar ist, muss Deutschland sich aktiv in die Gestaltung der inhaltlichen Positionen der NATO einbringen. Im nordatlantischen Bündnis wird im Konsens entschieden. Forderungen oder Erwartungen des Bündnisses gegenüber Deutschland können daher nur mit Zustimmung der Bundesregierung artikuliert werden. Die Bundesrepublik Deutschland muss sich deshalb aktiv an der Entwicklung politischer und militärischer Positionen beteiligen.
4. Um das Auseinanderdriften der Partner in der NATO zu verhindern, hält es die FDP-Bundestagsfraktion für notwendig, im Bündnis eine Diskussion über die gemeinsame Wertebasis zu führen. Für die FDP-Bundestagsfraktion bedeutet dies die Bindung an die Errungenschaften der Aufklärung wie vor allem Achtung und Schutz der Würde jedes einzelnen Menschen, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft.
5. Als politisches Bündnis mit einer wesentlichen militärischen Dimension muss die NATO das Forum sein, auf dem alle relevanten sicherheitspolitischen Themen ihrer Mitglieder diskutiert werden. Dabei muss die NATO einerseits bestrebt sein, für sicherheitspolitische Problemlagen politische Lösungen zu entwickeln und anzubieten. Andererseits müssen auch zivile Politikfelder Gegenstand von NATO-Diskussionen sein, wenn, etwa im Zusammenhang von NATO-Operationen, sicherheitspolitische Erfolge zwingend von Erfolgen im zivilen Bereich abhängen.
6. Vertrauensbildung und Abrüstung, Rüstungskontrolle und konsequente Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind integraler Bestandteil liberaler Außen- und Sicherheitspolitik. Die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen aus den einschlägigen internationalen Verträgen ist für alle NATO-Partner ebenso bleibender Auftrag wie eine aktive Verhinderung neuer Rüstungswettläufe. Die Bundesrepublik Deutschland muss diesen Anspruch innerhalb des Bündnisses mit Nachdruck vertreten.
7. Die FDP-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, innerhalb des Bündnisses Verhandlungen über ein neues strategisches Konzept zu beginnen. Dieses sollte dann dem Deutschen Bundestag zur Zustimmung vorgelegt werden.

8. Die NATO ist eine von mehreren multilateralen Organisationen, in denen Deutschland engagiert ist. Es ist deshalb im deutschen Interesse, dass diese eng zusammenarbeiten und Synergien nutzen. Dies gilt insbesondere für die Europäische Union. Ein starkes Bündnis braucht leistungsfähige Partner in Europa. Eine Weiterentwicklung der ESVP bedeutet daher auch eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO. Eine dynamische ESVP ist ein wichtiges Element einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten.
9. Die Koordinationsmechanismen zwischen NATO und EU sind völlig unterentwickelt, obwohl ein Großteil der Mitgliedsländer beiden Organisationen angehört. Dies ist völlig inakzeptabel. Deutschland als wichtiges Mitglied dieser Organisationen ist daher aufgerufen, aktiver als bisher an der Gestaltung solcher Mechanismen mitzuarbeiten. Vor allem ist es wichtig, die fallweise Koordination zwischen NATO und EU wesentlich zu verbessern, insbesondere in konkreten Einsätzen wie z.B. Afghanistan. EU und NATO stehen nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Unbeschadet der immer notwendigen Koordination der europäischen Sicherheitsinteressen in der EU sind die Europäer gut beraten, bei konkreten Einsatzentscheidungen die Strukturen der NATO zu nutzen, wenn das Nordatlantische Bündnis handlungsfähig und handlungswillig ist. Rivalitäten sind angesichts der großen Herausforderungen für die Sicherheitspolitik der Zukunft völlig unangebracht. Für die FDP-Bundestagsfraktion ist es wünschenswert, dass möglichst alle Mitgliedstaaten der EU auch im Rahmen der NATO mitwirken.
10. Die NATO muss eine an ihren Werten, Zielen und Aufgaben angepasste Beitritts-Strategie entwickeln. Eine Ausdehnung der NATO über Europa und Nordamerika hinaus lehnt die FDP-Bundestagsfraktion ab.
11. Diejenigen Länder, denen bereits konkret ein Beitritt zur NATO in Aussicht gestellt wurde (Kroatien, Mazedonien, Albanien), sollen aufgenommen werden, sobald sie die dafür notwendigen Bedingungen erfüllen. Aus heutiger Sicht kann diesen Ländern auf dem NATO-Gipfel 2008 das Angebot gemacht werden, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.
12. Die weiteren Länder des westlichen Balkans im Partnership for Peace - Programm (Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina) haben die Möglichkeit beizutreten, sobald sie die Kriterien erfüllen.
13. Auch wenn die Politik der offenen Tür der NATO bestehen bleibt, steht die Aufnahme von weiteren Staaten darüber hinaus derzeit für die FDP-Bundestagsfraktion nicht auf der Tagesordnung.
14. Unabhängig von der sich eher verstärkenden kritischen Betrachtung der russischen Politik ist es im Interesse der NATO-Mitglieder, im Verhältnis zu Russland den partnerschaftlichen Ansatz weiter in den Vordergrund zu stellen. Es ist besser, Russland in die Problemlösung internationaler Probleme und Konflikte einzubeziehen, als Russland auszugrenzen.
15. Die NATO sollte auch mit China, zu dem bisher keinerlei offizielle Beziehungen bestehen, den sicherheitspolitischen Dialog beginnen.
16. Die bestehenden Beziehungen zu Ländern mit gemeinsamer Wertebasis, bei denen ein Beitritt aus geografischen Gründen nicht in Betracht kommt, etwa Australien, Neuseeland, Japan oder Südkorea, sollen intensiviert und institutionalisiert werden, wenn diese Länder das ebenfalls wünschen. Dafür schlägt die FDP-Bundestagsfraktion die Form eines multilateralen NATO-Kooperationsrates mit diesen Ländern vor.

17. Die FDP-Bundestagsfraktion bekennt sich weiterhin zur Notwendigkeit der NATO, ihre militärischen Fähigkeiten so zu organisieren, dass sie ihrer Beistandsverpflichtung gemäß Artikel 5 nachkommen kann, unabhängig davon, woher ein Angriff erfolgt.
18. Die FDP-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, das Prinzip des „Common funding“ in der NATO auszuweiten.
19. Die FDP-Bundestagsfraktion lehnt eine NATO-weite Festlegung von Quoten für den Militärhaushalt ab. Entscheidend ist die Erfüllung der NATO-Anforderungen, die einstimmig von den Mitgliedsländern im NATO-Rat beschlossen werden, und die gesicherte Bereitstellung von zugesagten Fähigkeiten.
20. Die FDP-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, innerhalb der NATO weiterhin am Konsensprinzip festzuhalten.
21. Die FDP-Bundestagsfraktion beobachtet mit Besorgnis das faktische Scheitern der NATO Response Force. Die FDP-Bundestagsfraktion sieht darin eine schwere Belastung der Glaubwürdigkeit der Allianz. Sie fordert ein realistisches und belastbares Konzept für eine deutlich kleinere Eingreiftruppe der NATO. Für diese Truppe sollen möglichst viele Mitgliedstaaten kontinuierlich Kräfte bereitstellen.
22. Der Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr wird durch die militärische Planung der NATO nicht berührt. Jeglichen Versuchen, etwa mit Bezug auf die NRF Vorratsmandate für Bundeswehreinätze zu beschließen, erteilt die FDP-Bundestagsfraktion eine klare Absage. Sie hält an der Notwendigkeit fest, einen Entsendeausschuss zu bilden, in dem über geheime und eilbedürftige Einsätze entschieden, sowie über geheime Einsätze unterrichtet wird.